

Pressemitteilung

25. September 2026

Pressemitteilung von Die Linke Fraktion im Krefelder Stadtrat

Weiterentwicklung der Krefelder Schullandschaft verkommt zur Farce

Die gestrige Sitzung des Schulausschusses hat einmal mehr gezeigt, dass die Verwaltung mit ihren Plänen zur Weiterentwicklung der Krefelder Schullandschaft Nägel mit Köpfen machen möchte und das gegen den Widerstand der betroffenen Schüler*innen und Eltern sowie Bedenken aus der Politik. Fraktionssprecher Sebastian Schubert kritisiert: „Erneut zeigt sich hier ein klares Muster, welches wir bereits aus anderen Gremien kennen, entscheidungsrelevante Informationen werden so lange wie möglich vorenthalten, bis kaum noch Zeit ist. Dieses Vorgehen ist absolut inakzeptabel! So können keine verlässlichen Entscheidungen getroffen werden!“

Erst in der Ausschusssitzung am 07. Juli hat die Verwaltung mitgeteilt, dass die Bezirksregierung konkrete Vorschläge von der Stadt Krefeld fordert, um die Schullandschaft zu Beginn des Schuljahres 2027/2028 fortzuentwickeln. Weitere Informationen stellte die Verwaltung nur sehr dosiert und kurzfristig zur Verfügung.

Der Frust über dieses Vorgehen entlud sich eindrucksvoll in der Ratssitzung am 15. September in welcher Schuldezernent Schön harsche Reaktionen von den anwesenden Schüler*innen und Eltern des Gymnasium Horkesgath zu spüren bekam. Für die schulpolitische Sprecherin Samara Spielmann ist daher klar: „Es ist offenkundig, dass Schüler*innen, Eltern und Schulen und wir als Politik viel früher in den Entscheidungsprozess hätten eingebunden werden müssen. So kann keine akzeptable und nachhaltige Weiterentwicklung der Schullandschaft erfolgen!“

Zweifellos müssen Entscheidungen getroffen werden. Die Kurzfristigkeit, mit der diese jedoch getroffen werden sollen, ist weder ein angemessener Umgang mit den betroffenen Schüler*innen, Eltern und Schulen, noch nachhaltig. Viel lieber werden vollmundige Versprechungen gemacht, die in Zeiten knapper Kassen nur weitere Bedenken aufwerfen: „Es muss hier nicht nur ein ehrlicher Finanzplan aufgestellt werden, er muss auch verbindlich gemacht werden. Etliche Schulen in Krefeld warten noch auf dringend notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die immer wieder aufgeschoben wurden. Auch das der notwendige Ausbau des ÖPNV zeitnah umgesetzt werden kann, muss stark angezweifelt werden.“, so Spielmann.

Das der von unserer Fraktion eingereichte Vorschlag, den Weiterentwicklungsprozess der Krefelder Schullandschaft erneut zu öffnen und alle betroffenen Akteure einzubeziehen, abgelehnt wurde, ist für unsere Fraktion nur ein erneutes Zeichen, dass hier eine schnelle Entscheidung herbeigeführt werden soll, welche zu Lasten der Schüler*innen, Eltern und Schulen geht.

Für die Linke steht fest: „Um die Schullandschaft sozial und nachhaltig zu gestalten braucht es neben aktiver Beteiligung der Betroffenen, kleinere Klassen, mehr Investitionen in Schulsozialarbeit, mehr gut ausgebildetes Personal und wohnortnahe Schulstandorte. Nur auf diese Weise kann Chancengleichheit sichergestellt und Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden.“

